



Die acht Präsidentschaftskandidaten stellten sich im Februar zum ersten Mal in der Geschichte Kenias in einer Fernseh-Debatte einer direkten Konfrontation (v.l.n.r.): Mohammed Dida, James Ole Kiyiapi, Uhuru Kenyatta, Peter Kenneth, Musalia Mudavadi, Martha Karua, Premierminister Raila Odinga und Paul Muite (nicht im Bild). © Reuters/Stringer

Vor den Wahlen

Kenia im Warteraum

Die Welt schaut in diesen Wochen mit Spannung auf Kenia und die bevorstehenden Wahlen. Zu präsent sind noch die verhängnisvollen Erfahrungen aus dem Jahr 2008, als es zu gewaltsamen Ausschreitungen nach den Wahlen gekommen war. Wo steht Kenia heute?

Von Karsten Dümmel

Auf dem Rücksitz klappert mein Koffer. Laptop, Kamera und Handy liegen begraben unter Akten und Papieren. Wasserflaschen und Schuhe hüpfen im Takt von Straße und Motor. Es scheppert ordentlich. Zu Hause hatte ich die Sachen eilig ins Auto gestopft und bin vorne beim Fahrer eingestiegen. Jetzt liegt alles durcheinander.

Ich bin unterwegs nach Machakos. Siebzig Kilometer von Nairobi entfernt. Die Mombasa Road Richtung Südosten, dann links auf die Makutano Road hinüber. Wahlbeobachterschulung in der Provinz. Zweiundzwanzig Grad – morgens um sieben. Der Tag verspricht heiß zu werden.

Verzögerte Wahlen und Unterwanderung der Verfassung

Als der Rundfunksprecher von KBC über das Profil der acht Präsidentschaftskandidaten spricht, drehe ich das Radio laut, um die Stimmen der beiden Spitzenkandidaten Uhuru Kenyatta (TNA) und Raila Odinga (ODM) zu hören.

Kenia steht vor den Wahlen. Der 4. März 2013 ist als Termin von der unabhängigen Kommission IEBC festgelegt worden. Nach der neuen Verfassung von 2010 hätte es eigentlich ein Tag in der zweiten Augustwoche des letzten Jahres sein sollen. Aber das nimmt schon lange keiner mehr so genau. Etliche Verzögerungen, laufende Gerichtsverfahren und die Nichteinhaltung vorgegebener Fristen führten zur Verschiebung des Wahltages. Vor der Parlamentsauflösung stehen noch 15 Gesetze als unerledigt, die eigentlich für die Durchführung der Wahlen notwendig gewesen wären. Das sagt viel, aber das sagt nicht alles. Der Oberste Gerichtshof entschied, dass die Abgeordneten ihre Amtsperiode in der Gesamtzeit beenden dürfen und dass das Parlament erst im Anschluss

als aufgelöst gilt. Im vergangenen Herbst wurde zudem das Parteiengesetz geändert. Zum wiederholten Male. Jetzt werden Koalitionen sogar unmittelbar vor dem Wahltermin möglich und potentielle Mandatsträger müssen einzig drei Monate vor dem Termin ihre Mitgliedschaft in dieser oder jener Partei bekannt geben. Allein diese Regelung ermöglichte es mehr als 100 der 222 Abgeordneten, sich einer neuen Partei anzuschließen oder diese – mal eben auf die Schnelle – zu gründen, offiziell aber dennoch Mitglied in der alten Partei zu bleiben, um ihr Amt zu behalten. Gemäß der Verfassung müsste jeder von ihnen sein Amt niederlegen. Durch die Änderung im Parteiengesetz wurde das geschickt unterwandert.

Dabei ist dies nur eines von vielen Beispielen, die zur Umgehung der Verfassung führten. Im Dezember war zu beobachten, dass sich Parteikoalitionen bildeten, die wie zuvor einzig bestimmte ethnische Blöcke in sich vereinten. Inhaltliche Gründe für die Koalitionen sind nicht erkennbar. Die Wahlallianzen werden insgesamt von Reformgegnern dominiert. Uhuru Kenyatta und William Ruto, die während der letzten Wahlen 2007 vor allem die Gruppen der Kalenjin und der Kikuyu aufgeheizt und aufeinander gehetzt haben sollen, haben sich ebenfalls zu einem Bündnis zusammengeschlossen und treten gemeinsam für das Amt des Präsidenten bzw. Vizepräsidenten an. Beide sind vor dem Internationalen Strafgerichtshof wegen Artikel 6 „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ als Drahtzieher der bürgerkriegsartigen Unruhen angeklagt. Proteste und Exzesse, bei denen fast 1.300 Tote zu beklagen waren und bis zu 600.000 Menschen vertrieben worden sein sollen. Da beide Politiker bislang nicht verurteilt sind, gelten sie im Lande offiziell als unschuldig und dürfen zur Wahl antreten. Wie die wirtschaftlich-politischen Konsequenzen für Kenia aussehen könnten, wenn ein international angeklagter oder verurteilter Politiker zum neuen Präsidenten ernannt wird, mag ich mir nicht vorstellen.

„Mit der Registrierung von 14,3 Millionen Wählern sei ein gutes Ergebnis erreicht“, sagt der Sprecher im Radio, während ich mich frage, warum er nicht von den 18 Millionen spricht, die offizielles Ziel waren. Die biometrische Technik für die Registrierung traf letztlich nicht rechtzeitig ein, so wie die Listen für die Nominierung der Parteikandidaten teilweise mit eintägiger Verspätung ihren Bestimmungsort erreichten. Das war Ende Januar.



Im vergangenen Jahr kam es immer wieder zu Unruhen und Anschlägen, wie auch am 18. November in Nairobi, als ein Sprengsatz in diesem voll besetzten „matatu“, einem Minibus-Taxi, explodierte. © Contributor/IRIN

Berechtigte Sorgen: Erneute Unruhen befürchtet

Noch 35 Kilometer zeigt mir das Navigationssystem an, „dann haben Sie ihr Ziel erreicht“. Eine gute halbe Stunde, denke ich, wenn es keinen Stau oder Unfall auf der Strecke gibt. Aber Kenianer können warten.

Seit kurzem erreichen mich Anfragen aus der ganzen Welt. Redaktionen aus Johannesburg oder Stockholm und Sender aus Godesberg oder Wien wollen wissen, wie es mit dem Gewaltpotential in Kenia vor den Wahlen aussieht. Die im vergangenen August aufflammenden Exzesse im Norden und Osten des Landes haben sie ebenso alarmiert wie die ethnisch motivierten Attacken der Pokomo (sesshafte Bauern) und der Orma (Viehhirten) am Tana River Delta im Januar dieses Jahres. Insgesamt sollen knapp 480 Menschen in den vergangenen sechs Monaten getötet worden sein. Darunter mehr als 100 Polizisten. Internationale Berichte über den Anstieg illegal eingeführter Kleinwaffen sind ebenso erschreckend wie die Zahlen über den Zuwachs der Gewaltbereitschaft krimineller Gruppen in den Slums von Nairobi.

Dem gegenüber stehen eine nicht aufgestockte, nicht verbesserte, völlig unterbezahlte Polizei, die bis heute nicht reformiert, deren Rolle bei den Massakern von 2007/2008 nicht untersucht worden ist und die deshalb als wenig vertrauensvoll und als für die Korruption anfällig gilt.

Grund zur Hoffnung: Neue Völkerverständigung

In Teilen der älteren Bevölkerung, aber auch bei Jugendlichen und Studenten glaube ich dennoch, den Willen zu spüren, keinen Konflikt wie es ihn 1992 und abermals 2007/2008 gab, zuzulassen. Ich spreche mit dem Fahrer, der ein Luo ist, und er erzählt mir vom Ackerland, das den Luo und den Kalenjin weggenommen worden sei. Vor Jahrzehnten. In der ersten Regierungszeit. Er berichtet von den Kikuyu, die in allen Schlüssel- und sicherheitsrelevanten Stellen sitzen und von seinem Dorf, in das er 2008 aus Nairobi geflohen sei. Seit Wochen ist er mein Begleiter als Fahrer und als Assistent im Seminar. Bei den Wahlbeobachtern oder bei den Aktivisten gegen Gewalt. In Machakos sind die Teilnehmer Kamba. Fast fünfzig Jahre waren sie Verbündete der Kikuyu. Jetzt sind sie politische Freunde der Luo. Wir sind fast pünktlich. Sicher sitzen sie im Schulungsraum und warten, warten wie wir.

► Infobox

Dr. Karsten Dümmel
ist Leiter des Auslandsbüros Kenia
der Konrad-Adenauer-Stiftung.
Karsten.Duemmel@kas.de